

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017

des *Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.* (JFDA)

Inhaltsverzeichnis

1. Aufgaben des JFDA.....	3
2. Grundlagen der Bildungsarbeit des JFDA.....	4
3. Kooperationen.....	6
4. Öffentlichkeitsarbeit	7
4.1. Demonstrationsbeobachtung.....	7
4.2. Interviews.....	8
4.3. Veranstaltungen.....	9
5. Bildungsprojekte.....	9
5.1. „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“	9
5.2. „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“	10
5.3. „HaGer* Kompetenzerwerb zum Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Kontext vom Flucht und Integration“	11
5.4. KeEzrach *Wie ein Mitbürger – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft.....	13
5.5. Be’Jachad – Gemeinsam Gegen Hass	14
6. Publikationen	15
6.1. Broschüre „Neue Erscheinungsformen des Deutschen Rechtspopulismus“.....	15
6.2. Analyse der Bundestagswahl 2017 – im Hinblick auf Potenziale rechtsorientierter Positionen, die wesentlichen Normen der freiheitl.-demokratischen Grundordnung widersprechen	15
6.3. Portfolio der JFDA-Bildungsarbeit.....	16

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte *Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.)* mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet.

Seit 2012 ist das Forum als gemeinnütziger Verein tätig. Die Tätigkeit des JFDA zielt auf die Stärkung des demokratischen Staatswesens, die Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs sowie die Unterstützung politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus u.a. Formen der Diskriminierung. Wir unterstützen hierfür demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird – in Anlehnung an die *Working Definition of Antisemitism* der OSZE – als Hass gegen Juden sowie Personen und Institutionen, die mit dem Judentum in Verbindung gebracht werden, verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren.

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie die Implementierung von Bildungsprojekten und Workshops, Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen und Studien. Außerdem führt es eine unabhängige Feldbeobachtung durch, erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Grundlagen der Bildungsarbeit des JFDA

Das JFDA betrachtet die folgenden Grundsätze als Grundlage seiner Bildungsarbeit und seiner Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Akteuren:

Die Normative Grundlage der Bildungsarbeit des JFDA und seiner Kooperation mit anderen Organisationen und Partnern ist das aktive Eintreten für die Normen und Werte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der EU-Grundrechtecharta, der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

In seiner Bildungsarbeit gewährleistet das JFDA maßgebliche fachliche Standards wie etwa den „Beutelsbacher Konsens“ (Überwältigungsverbot/Indoktrinationsverbot, Kontroversitätsgebot, Teilnehmendenorientierung und Förderung von im Sinne des längerfristigen Allgemeininteresses verantwortlicher Beteiligungskompetenz). Dabei tritt es aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung des politischen Gemeinwesens ein, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Staatsvolkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

In seiner Bildungsarbeit nimmt das JFDA also Partei für

- (1) die Achtung der Menschenwürde sowie der rechtswirksam verbrieften allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte, vor allem (a) des Rechts der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, (b) des Rechts jedes Menschen auf die unbeeinträchtigte Freiheit, eine Religion oder Weltanschauung zu haben, anzunehmen und zu wechseln sowie sie einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten auszuüben und zu bekennen und (c) des Rechts auf Schutz vor Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Abstammung oder Hautfarbe, der genetischen Merkmale, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, der Sprache oder kulturellen Identität, der Religion oder der Weltanschauung, des Vermögens oder der sozialen Stellung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität,
- (2) die Souveränität des Staatsvolkes (Volkssouveränität, also das Recht des Staatsvolkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen),
- (3) die Gewaltenteilung (Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung),
- (4) die Verantwortlichkeit der Regierung,
- (5) die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- (6) die Unabhängigkeit der Gerichte sowie
- (7) das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Mit dem aktiven Eintreten für die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (im Sinne des BVerfGE 2, 1/SRP-Beschlusses) ist für das JFDA untrennbar das aktive Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels als konstitutives und verpflichtendes politisches Prinzip des freiheitlich-demokratischen deutschen Nationalstaates nach der Shoah verbunden.

Mit diesem Prinzip ist das aktive Eintreten für das das Recht des jüdischen Volkes gemeint, seine nationale Heimstätte im Land Israel als Staat Israel wieder zu errichten und zu verteidigen, der allen Jüdinnen und Juden offensteht, all seinen Bürgerinnen und Bürgern ohne Unterschied von Religion, Abstammung, Herkunft und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt und das Land zum Wohle aller Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt. Die Solidarität mit diesem Staat Israel, der sich (im Sinne seiner Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948) als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes

auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gründet und seinen arabischen Bürgerinnen und Bürgern volle bürgerlicher Gleichberechtigung verbürgt, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nimmt und sich – den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet – um Frieden und Zusammenarbeit mit seinen Nachbarvölkern bemüht, steht für das JFDA als bestimmender Grundsatz jeder legitimen deutschen Politik nicht zur Disposition.

Der Grundsatz des aktiven Eintretens für das Lebensrecht und die Sicherheit Israels ist durchaus mit Kritik an der israelischen Regierungspolitik sowie an bestimmten Verhältnissen und/oder Vorgängen in Israel vereinbar – sofern

- dabei der Staat Israel nicht dämonisiert wird, an ihn keine besonderen Maßstäbe angelegt werden (doppelte Standards: etwa indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird) und nicht als Staat und nationale Heimstätte des jüdischen Volkes im Land Israel delegitimiert wird,
- zur Beschreibung Israels weder auf antisemitische Stereotype und Verschwörungsideologien noch auf sachwidrige Vergleiche (etwa mit dem deutschen Nationalsozialismus) zurückgegriffen wird
- und für die israelische Regierungspolitik nicht pauschal „die Juden“ verantwortlich gemacht werden.

In der politischen Bildungsarbeit des JFDA liegt ein besonderer Fokus auf der Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus, namentlich mit traditionellen antijudaistischen und rassistischen sowie auf Verschwörungsideologien gegründeten, aber auch moderneren subtilen, etwa auf die Umkehr von Täter-Opfer-Verhältnissen gerichtete, auf die Thematisierung der Schoah bezogene, auf Israel bezogene („antizionistische“) oder – nicht ausdrücklich auf das Judentum bezugnehmende – auf „klassisch“-antisemitische Stereotype gegründete (strukturell-antisemitische) Wahrnehmungen von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken können. Dabei richtet sich Antisemitismus in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen (vgl. Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit/EUMC, *European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*).

Dabei legt das JFDA in seiner Bildungsarbeit darauf Wert, dass der Antisemitismus – also die politisch, sozial, rassistisch oder religiös grundierte Feindschaft gegenüber Juden – einerseits als besonderes Diskriminierungsmuster benannt und erkennbar gemacht und andererseits auch im weiteren Kontext der – rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen und religionsbezogenen, aber auch sozialen, sexistischen, LSBTIQ-feindlichen u.a. – Diskriminierung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit behandelt wird.

3. Kooperationen

Viele der aktiven Mitglieder des JFDA sind auch in anderen Initiativen und Organisationen tätig. Sie stärken die Kontakte und die Vernetzung des JFDA z.B. mit dem *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland* (LSVD), dem schwulen Anti-Gewalt-Projekt *MANEO* (Mann-O-Meter e.V.), der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* (DIG e.V.), zur *Synagogengemeinde Berlin Bet Haskala* und der *Union Progressiver Juden* sowie den *Scholars for Peace in the Middle East* (SPME). Das JFDA ist auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Presseorganen gut vernetzt. Kooperative Arbeitsbeziehungen, die im inhaltlichen Austausch und gelegentlich in Veranstaltungen Ausdruck finden, bestehen mit der Berliner *Landeszentrale für politische Bildung*, mit der jüdisch-deutschen *WerteInitiative*, mit dem *Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung* (DEVI), mit der *Ibn-Rushd-Goethe-Moschee*, mit dem *Türkischen Bund Berlin Brandenburg* (TBB) und der *Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz* (EKBO). Kooperationsvereinbarungen des JFDA bestehen mit der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) und *Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage* (SOR-SMC, Trägerverein: Aktion Courage) sowie mit dem *Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin*; eine Kooperationsvereinbarung mit dem *Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland* (ZWST) ist angedacht.

Für die Projektarbeit wichtig war, dass der Geschäftsführer des *Vereins für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung* (DEVI), Michael Hammerbacher, und der Vorstandsvorsitzende der *Synagogengemeinde Berlin Bet Haskala*, Benno Simoni, für die Mitarbeit im Fachbeirat des JFDA gewonnen werden konnten, der bei mehrmaligen Sitzungen im Jahr die Bildungsprojekte zu Herausforderungen der Projektarbeit berät.

4. Öffentlichkeitsarbeit

4.1. Demonstrationsbeobachtung

Auch im Jahr 2017 hat das JFDA stetig antisemitische, rechtsextreme und demokratiefeindliche Strömungen beobachtet. Zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen wurden aufgezeichnet und journalistisch begleitet. Die Ergebnisse wurden für die Veröffentlichung auf der JFDA-Website und in den sozialen Medien aufgearbeitet.

Neben bekannten Akteuren und Veranstaltungen aus der neonazistischen Rechten, war im Jahr 2017 insbesondere von neuen Erscheinungsformen und Strömungen des Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen, etwa die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“, die PEGIDA und ihre regionalen Ableger und andere Exponenten des Einwanderungs- und muslimfeindlichen Rechtsextremismus. Gleichzeitig zeigte sich, wie die Grenzen zwischen traditionellen und neuen Formen des Rechtsextremismus immer wieder verschwimmen – personell wie ideologisch.

Doch nicht nur die deutsch-völkische und deutsch-nationale Rechtsextremismus fiel mit Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf. Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus war über die verschiedensten politischen Spektren hinweg virulent – von der linken Gruppierung „BDS“ bis zum jährlichen Al-Quds-Tag, der auf die islamistische Republik Iran zurückgeht und zu dem Islamistische Extremisten verschiedener Richtungen mit anti-israelischer Propaganda mobilisiert.

Besonders im Dezember 2017, als der US-amerikanische Präsident Donald Trump die Verlegung der US-Botschaft in Israel nach Jerusalem ankündigte, wurde Antisemitismus in pro-palästinensischer und arabisch-muslimischer Prägung deutlich. Bei Massendemonstrationen wurden israelische Flaggen verbrannt und Parolen wie „Tod, Tod Israel“ skandiert.

2017-03-04 Berlin: Demonstration *Merkel-muss-weg* (WfD)
2017-03-16 Berlin: „*Friedenskundgebung*“ am Breitscheidplatz
2017-03-18 Leipzig: Demonstration *Die-Rechte*
2017-03-30 Berlin: Demonstration *Baergida*
2017-04-17 Berlin: Demonstration *Freiheit-für-polit-Gefangene Palästina*
2017-04-28 *Fußballspiel Babelsberg-Cottbus*
2017-04-30 Berlin: *FÜR Israel*
2017-05-01 Berlin: Demonstration *Erster Mai*
2017-05-01 Berlin: Kundgebung-Fest *Die Linke*
2017-05-01 Halle: Demonstration *Rechte*
2017-05-13 Berlin: Demonstration *Nakba*
2017-05-18 Berlin: *Identitäre Bewegung* Justizministerium
2017-05-19 Berlin: Demonstration *Identitäre Bewegung* (Finanzministerium)
2017-05-30 Cottbus: Demonstration *Grenzen ziehen*
2017-05-31 Berlin: Demonstration *NPD Multikulti-Terror stoppen*
2017-06-03 Karlsruhe: Demonstration *Tag-der-deutschen-Zukunft*
2017-06-05 Berlin: Kundgebung *Bärgida Lichtenberg*
2017-06-06 Berlin: Kundgebung *50 Jahre „Besatzung“ Jerusalems*
2017-06-07 Berlin: Demonstration *BDS-Berlin* (HP-Saturn, Alexanderplatz)
2017-06-09 Berlin: Demonstration *NPD-Kundgebung*, Neukölln
2017-06-13 Cottbus: Demonstration *Zukunft-Heimat*

2017-06-16 Oranienburg: AfD *Merkel-muss-weg*
 2017-06-17 Berlin: Demonstration *Identitäre Bewegung*
 2017-06-23 Berlin: Demonstration *Al-Quds-Tag*
 2017-06-24 Jüterbog: *Pax Terra Musica*
 2017-06-27 Cottbus: Demonstration *Zukunft-Heimat – Grenzen-dicht!*
 2017-07-01 Berlin: Demonstration *Merkel muss weg*
 2017-07-15 Paris: Kundgebung *Gegen Netanyahu*
 2017-07-18 Cottbus: Demonstration *Zukunft-Heimat*
 2017-07-22 Berlin: Demonstration Potsdamer-Platz (PGD), Palästinenser für den Haram al-Scharif
 2017-07-25 Berlin: Demonstration *BDS-Berlin* (HP-Saturn, Alexanderplatz)
 2017-07-29 Themar: Demonstration, *Rock-für-Identität*
 2017-08-15 Eberswalde: Kundgebung der *AfD*
 2017-08-19 Berlin: Demonstration *Rudolf-Hess-Gedenken-Spandau*
 2017-09-09 Berlin: Demonstration *Merkel muss weg*
 2017-09-09 Potsdam: Kundgebung *Höcke AfD*
 2017-09-22 Berlin: *Wahlkampfabschluss SPD Linke Grüne*
 2017-09-24 Berlin: Demonstration *AfD-Wahlparty*
 2017-10-15 Cottbus: *Energie Cottbus gegen Babelsberg03*
 2017-10-16 Berlin: Prozess *Holocaustleugnerin Haverbecke*
 2017-10-24 Berlin: *Proteste konstituierende Sitzung*
 2017-10-28 Dresden: Demonstration; *3-Jahre-Pegida*
 2017-11-06 Berlin: *100-Jahre-Oktoberrevolution*
 2017-11-07 Cottbus: *Zukunft Heimat*
 2017-11-09 Berlin: *BDS-Kundgebung, Potsdamer-Platz*
 2017-11-20 Berlin Kundgebung *Wild; AfD Familiennachzug*
 2017-12-08 Berlin Kundgebung: *USA-Botschaft Jerusalem Palästina*
 2017-12-10 Berlin Demonstration: *Neukölln-Palästina*
 2017-12-12 Berlin Demonstration: *Palästinenser Washingtonplatz*
 2017-12-15 Berlin Demonstration: *Palästinenser Adenauerplatz*

4.2. Interviews

Im Jahr 2017 wurde die Öffentlichkeitsarbeit des JFDAs durch die Interviewreihe „Tacheles“ ergänzt. In Gesprächen mit Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und Geistlichen wurden die Themen Antisemitismus und Rassismus, Demokratie und Religion von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Auch jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus sollte Tacheles eine Plattform bieten – beispielsweise durch Treffen mit der Schriftstellerin Mirna Funk oder dem Rapper Ben Salomo. Durch Experteninterviews, wie das Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn, wurden die Erkenntnisse aus Demonstrationsbeobachtungen in einen wissenschaftlichen Kontext eingeordnet.

2017-07-10 Interview mit *Sookee* (Rapperin)
 2017-07-25 Interview mit *Ben Salomo* (Rapper)
 2017-07-25 Interview mit *Elisabeth Kanéza* (*The Kanéza Initiative* gegen Rassismus und Diskriminierung)
 2017-08-04 Interview mit *Mirna Funk* (Journalistin und Autorin)
 2017-08-09 Interview mit *Martin Niewendick* (Journalist, Blogger und Rapper)
 2017-08-18 Interview mit *Klaus Lederer* (Berliner Bürgermeister und Kultur- und Europasenator)
 2017-08-21 Interview mit *Max Herre* (Musiker)
 2017-08-31 Interview mit *Seyran Ates* (Rechtsanwältin, Autorin, Frauenrechtlerin und Imamin der Ibn Rushd-Goethe Moschee)
 2017-10-06 Interview mit *Berndt Schmidt* (Intendant und Geschäftsführer des Friedrichstadt-Palastes)
 2017-10-25 Interview mit *Samuel Salzborn*

4.3. Veranstaltungen

Neben den Demonstrationen und Kundgebungen besuchte und dokumentierte das JFDA weitere Veranstaltungen. Dazu gehörte auch die Dokumentation der regelmäßigen „Mahnwachen gegen religiösen Extremismus“, die vom JFDA in Kooperation mit Seyran Ates, Gründerin der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, organisiert wurden.

2017-05-29 Berlin *Kirchentag*

2017-09-07 Berlin LSVD *Einweihung Denkmal-homosexuelle-Emanzipation*

2017-09-17 Mahnwache gegen religiösen Extremismus

2017-10 *Frankfurt Buchmesse 2017*

2017-11-09 Berlin *Gegen-das-Vergessen*

2017-12-13 *Chanukka Friedrichstadtpalast*

5. Bildungsprojekte

5.1. „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“

Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (seit Januar 2015)

Im Rahmen des Modellprojekts „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ des JFDA wurden im Jahr 2017 Lernwerkstätten mit Schülerinnen und Schülern in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Zudem wurden Workshops für MultiplikatorInnen durchgeführt, in denen, aufbauend auf den an Schulen gesammelten Erfahrungen, der Umgang mit antisemitischen Vorfällen aus Sicht derjenigen thematisiert wurde, die in ihrer professionellen Rolle mit ihnen konfrontiert werden.

Kernbestandteil des Modellprojekts ist die Entwicklung und Erprobung des Konzepts einer an Jugendliche der 9. bis 12. Klasse gerichteten interaktiven Lernwerkstatt zur Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus, deren Grundgedanke eine an die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler anknüpfende Auseinandersetzung mit den Themen Vorurteile und Diskriminierung bildet. Dabei wird der Ansatz verfolgt, eigene Erfahrungen sozialer Mechanismen der Abwertung und Ausgrenzung seitens der TeilnehmerInnen zu explizieren, um so eine Sensibilisierung für die Betroffenheit von Jüdinnen und Juden zu ermöglichen.

In den Lernwerkstätten kommt Arbeitsmaterial zum Einsatz, das auf der eigenen Dokumentation aktueller Erscheinungsformen von Antisemitismus durch das Projektteam basiert. Den Abschluss der Lernwerkstatt bildet jeweils die Herstellung eines Plakates durch die Schülerinnen und Schüler, auf dem sie Ihre Haltung zum Thema Antisemitismus künstlerisch darstellen und so mittels ihrer eigens formulierten Botschaft als Botschafter gegenüber der Schulöffentlichkeit wirken.

Durchgeführt wurden im Jahr 2017 die folgenden Maßnahmen:

2017-01-06/13./20. Lernwerkstatt Nelson Mandela Schule, Berlin-Wilmersdorf

2017-02-17	Ausstellung Nelson-Mandela-Schule
2017-01-24	Lernwerkstatt Manfred von Ardenne-Schule, Berlin- Hohenschönhausen
2017-06-23	Ausstellung Manfred von Ardenne-Schule, Berlin-Hohenschönhausen
2017-06-20	Lernwerkstatt IGS-Halle/Saale
2017-09-06	Ausstellung IGS-Halle/Saale
2017-06-07./14.	Tagung für Schulteams zu Ganztagsangeboten des Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde
2017-12-08	Workshop, Schule ohne Rassismus, Landestreffen „Courage zeigen“, Berlin

5.2. „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“

Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (seit Januar 1017)

Das Projekt „Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten“ dient der Sensibilisierung von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Grundrechte. Dies betrifft besonders politische Bestrebungen von Flüchtlingen und Neueingewanderten, die sich anhand der Debatte um Flucht, Asyl und Einwanderung gegen grundlegende Normen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates wenden. „Augen auf!“ steht für demokratie- und menschenrechtsorientierte Normen und Werteorientierung. Weil Jugendliche und Heranwachsende für Denken in Schwarz-Weiß-Mustern besonders empfänglich sind und als wichtige Zielgruppe im Fokus von manipulativer Propaganda jedweder Couleur stehen, richtet sich das Projekt „Augen auf!“ präventiv an diese Gruppe.

Insgesamt zielt das Projekt auf die Erprobung von Modulen, die in den Regelstrukturen der Jugend- und Bildungsarbeit Verwendung finden können. In Zusammenarbeit mit Stiftungen, Landesbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren soll eine Fortführung und der Ausbau der Projektarbeit ermöglicht werden. Methodische und inhaltliche Erkenntnisse aus der Projektarbeit sollen auch in andere Arbeitsbereiche transferiert werden.

5.2.1. Projektziele

Die gesetzten quantitativen Ziele für das Jahr 2017 wurden erreicht bzw. übertroffen. Dabei wurden allerdings nicht immer Lernwerkstätten nach dem im Antrag beschriebenen Format, sondern dem konkreten Bedarf nach Auftragsklärung vor Ort angepasste Formate implementiert. Als besonders wirksam erwiesen sich dabei über einen längeren Zeitraum verteilte mehrtägige Workshops, die in enger Abstimmung mit den Lehrkräften geplant und umgesetzt wurden. Diese Formate nutzten zur kreativen Auseinandersetzung mit den Workshop-Inhalten durch die Teilnehmenden das Medium „Video“, für das die Teilnehmenden ihre Smartphones als Kameras für Interviews und Stadtteilimpressionen einsetzten und – da noch ein Folge-Workshop aussteht – einsetzen werden.

5.2.2. Übersicht über die Workshops (Lernwerkstätten)

Datum	Format, Thema, Ort	Teilnehmende
19.06.2017	<i>Gail S. Halvorsen-Schule</i> in Berlin-Dahlem (1. Teil)	Je 17 Mädchen, 9 Jungen, 2 Lehrerinnen
22.06.2017	<i>Gail S. Halvorsen-Schule</i> in Berlin-Dahlem (2. Teil)	
13.07.2017	<i>Gail S. Halvorsen-Schule</i> in Berlin-Dahlem (3. Teil)	
16.11.2017	Filmpräsentation „Stolz auf Deutschland?!“	
		200 Personen in der Aula, davon 150 Schülerinnen und Schüler, Ehrengast war Petra Pau, Vizepräsidenten des

		Deutschen Bundestages
20.06.2017	<i>Integrierte Gesamtschule (IGS) in Halle/Saale</i>	9 Mädchen, 3 Jungen, 1 Lehrer
23.06.2017	<i>Emil-Molt-Akademie in Berlin-Steglitz:</i>	3 Mädchen, 9 Jungen in der Berufsausbildung, 3 Lehrkräfte
25.10.2017	<i>Schiller-Gymnasium in Bautzen:</i>	10 Mädchen, 11 Jungen einer 8. Klasse
18.12.2017	<i>Evangelische Integrierte Sekundarschule mit Abitur Corrie-ten-Boom in Berlin-Pankow</i>	9 Mädchen, 8 Jungen einer 11. Klasse

5.3. „HaGer* Kompetenzerwerb zum Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Kontext vom Flucht und Integration“

(* Gleich einem Bürger unter euch sei der Fremde, der mit euch lebt, und du sollst ihn lieben, dir gleich (Vayikra, Levitikus 19:34) (seit Mai 2017)

Wenngleich die Zuwanderung von Asyl- und Schutzsuchenden 2016 im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen hat, wird die Debatte über die Flüchtlings- und Integrationspolitik weiterhin oft emotional, nicht selten undifferenziert und polarisiert geführt. Weiterhin gibt es regelmäßig Angriffe bis hin zu rechtsterroristischen Anschlägen auf Schutzsuchende, ihre Unterkünfte und Unterstützer_innen. Zu dem Klima offen ausgelebter Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit hat die politische Instrumentalisierung dschihadistischer Terroranschläge beigetragen, mit der rechtsorientierte Demagog_innen und Hassideolog_innen an nach wie vor – bis in die „Mitte der Gesellschaft“ – verbreiteten rassistischen, ethnozentriert-kulturalistischen sowie islam- und muslimfeindlichen Ressentiments und Stereotypen anknüpfen.

Zugleich gibt es auch Konflikte, die von Asylsuchenden ausgehen, sowie von Flüchtlingen gegenüber anderen Flüchtlingen gerichtete Diskriminierungen, Bedrohungen und Angriffe, die durch Vorurteile und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit motiviert sind. Dabei spielten namentlich religiös-weltanschaulicher Chauvinismus (etwa gegenüber Nichtmuslimen, v. a. gegen Juden, Christen, Alawiten und Yeziden sowie gegen Muslime mit abweichender religiöser Praxis), ethnozentrierter Kulturalismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie bzw. LSBTI-Feindlichkeit eine Rolle.

Die Auseinandersetzung mit rassistisch, kulturalistisch und/oder religionsbezogener Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit mit von Flüchtlingen ausgehender Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit war deshalb das zentrale inhaltliche Anliegen des Projektes.

5.3.1. Ziele und Zielgruppen des Projektes

Ziel des Projektes war die Entwicklung, modellhafte Implementierung und Auswertung von Formaten der politischen und interkulturellen Bildung im Kontext von Flucht und Integration in drei Bundesländern: Berlin, Brandenburg und Sachsen. In diesem Rahmen sollte die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ermöglicht werden.

Tag, Dauer	Format, Thema, Ort	Teilnehmende
21.07.2017 4 Stunden	Workshop für Asyl- und Schutzsuchende Filmcafé „Kick it like Beckham“; beim Mädchenclub im Übergangwohnheim des Internationalen Bundes, Berlin-Adlershof	5 Mädchen zwischen 13 und 21 Jahren 2 Ehrenamtliche
26.07.2017 4 Stunden	Workshop für Asyl- und Schutzsuchende Filmcafé „Kick it like Beckham“; Betreutes Wohnheim für unbegleitete minderjährige Asylsuchende der ASG-Anerkannte Schulgesellschaft Sachsen mbH in Bautzen	23 Jungen zwischen 14 und 18 Jahren 1 Sozialarbeiterin
12.10.2017 3 Stunden	Fachveranstaltung „Zusammenleben und Vielfalt vor dem Hintergrund von Flucht und Migration“; Zielgruppe: Fachexpert*innen	40 Personen

18.10.2017 3 Stunden	Fortbildung für hauptamtliche Mitarbeitende „Stärkung der Handlungskompetenzen zu konfessionell/kulturalistisch aufgeladenen Konflikten in der Arbeit mit Asyl- und Schutzsuchenden“; Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.	8 hauptamtliche Mitarbeitende
10.11.2017 3,5 Stunden	Workshop für Asyl- und Schutzsuchende Filmcafé „Yentl“; beim Mädchenclub im Übergangwohnheim des Internationalen Bundes, Berlin-Adlershof	6 Mädchen zwischen 13 und 21 Jahren 1 ehrenamtliche Mitarbeiterin
17.11.2017 3 Stunden	Fortbildung für Ehrenamtliche Mitarbeitende „Stärkung der Handlungskompetenzen zu konfessionell/kulturalistisch aufgeladenen Konflikten in der Arbeit mit Asyl- und Schutzsuchenden“; Übergangwohnheim des Internationalen Bundes, Berlin-Adlershof	10 ehrenamtliche Mitarbeitende
07.12.2017 3 Stunden	Fachveranstaltung „Bürgerschaftliche Integration und politische Teilhabe von Schutzsuchenden“ Zielgruppe: Fachexpert_innen, die interessierte Öffentlichkeit, Netzwerkpartner_innen	30

Zusammenfassung der umgesetzten Angebote:

Angebote für die Asyl- und Schutzsuchenden: Vor dem Hintergrund der Prämisse der Niedrigschwelligkeit stellten sich die „Filmcafés“ als erfolgreicher Ansatz heraus, über den die jungen Teilnehmenden einen lebensnahen, niedrigschwelligen Einstieg in die Workshopthemen erhielten und darauf aufbauend auch von ihren persönlichen Erfahrungen berichteten. Hierfür wurden die Filme „Kick it like Beckham“ und „Yentl“ ausgewählt. Nach einer Filmvorführung wurden zunächst jeweils Eindrücke zum Film erfragt und Themen gesammelt, die die Teilnehmenden bewegten. Im Anschluss regten die Workshopleitenden durch gezieltes Nachfragen die Reflexion der Teilnehmenden über eigene Erfahrungen zu den im Film angedeuteten Themen an und stellten im Verlauf der Diskussion anknüpfend an die aufkommenden Gespräche den Bezug zu Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung her. Themen, die in allen drei Workshops aufkamen und diskutiert wurden, waren:

- Geschlechterrollen und Gleichberechtigung
- Freiheit und Selbstbestimmung und eigene Lebensgestaltung
- Tradition vs. Moderne
- Liebe und Heirat
- Homosexualität und Homophobie
- Bildung und Berufswünsche
- Religionsfreiheit
- unterschiedliches Verständnis von Werten und Normen in konkreten Alltagssituationen.

Schlussfolgerungen

In der praktischen Arbeit mit jungen Flüchtlingen zeigte sich, dass das JFDA als jüdischer Träger durchaus Projekte mit muslimischen oder andersgläubigen Jugendlichen durchführen kann, ohne dass zwingend Ressentiments offen sichtbar werden. Dies eröffnet Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, die im Rahmen weiterer Angebote für diese Zielgruppe ein Anliegen der politischen Bildungsarbeit des JFDA sein können und müssen. Auch eine niedrigschwellige Herangehensweise an die Zielgruppe hat sich bewährt und sollte richtungsweisend für weitere Projekte sein. Insgesamt stieß

das Projektteam bei allen Workshops und auch bei der Durchführung von Fortbildungen für Mitarbeitende auf offene und interessierte Teilnehmende.

Das Projekt wurde insbesondere im Raum Berlin und auch darüber hinaus mit großem Interesse aufgenommen. Wir erhielten sowohl mündlich als auch schriftlich mehrfach positive Rückmeldungen und wurden teils wiederholt für die Durchführung von Angeboten angefragt. Ein Bedarf an Diskussion und Austausch über eigene und fremde Normen- und Werteorientierung war bei allen Zielgruppen deutlich erkennbar.

Herausforderungen in Bezug auf die Arbeit mit Flüchtlingen, wie das Erreichen der Zielgruppe, der Umgang mit bestehenden Sprachbarrieren und das Gewährleisten der Niedrigschwelligkeit der Angebote, konnten durch eine intensive Vernetzung mit Kooperationspartner*innen sowie Vertreter*innen religiöser Minderheiten sowie durch das Einbeziehen der Honorarmitarbeitenden aus Syrien und das methodisch niedrigschwellige Format der „Filmcafés“ erfolgreich angegangen werden.

5.4. KeEzrach *Wie ein Mitbürger – Konfliktprävention im Kontext von Flucht und Integration in der Einwanderungsgesellschaft

Das Projekt „KeEzrach“ läuft seit Oktober 2017 und baut auf die Erfahrungen von HaGer auf.

Das Projekt „KeEzrach“ verständigt sich mit jungen Asyl- und Schutzsuchenden über demokratische Grundnormen. In diesem Zusammenhang sensibilisieren wir für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Schwulen- und Behindertenfeindlichkeit. Dabei kommen sowohl die Diskriminierungserfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft wie auch autoritäre Prägungen von geflüchteten Jugendlichen gegenüber anderen religiösen und ethnischen Minderheiten zur Sprache. Mit partizipativen Formaten stärken wir die Kritikfähigkeit der Teilnehmenden und ermutigen sie, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Grundlage unserer Arbeit sind die Werte und Normen des Grundgesetzes und der EU-Grundrechtecharta.

Zielgruppen

- junge Asyl- und Schutzsuchende zwischen 14 und 27 Jahren
- Multiplikator*innen, z.B. Pädagog*innen in Willkommensklassen, Jugendsozialarbeiter*innen, Akteur*innen der lokalen Flüchtlingsarbeit, Freiwillige/ Ehrenamtliche)

Methoden und Angebote

Das Projekt baut auf Ansätzen und Methoden der niedrigschwelligen politischen Bildungsarbeit auf. Wir knüpfen an die Lebenswelt der Teilnehmenden an. KeEzrach ist als „lernendes Projekt“ angelegt, das flexibel auf seine Zielgruppen und ihre Bedarfe reagiert.

Formate

Filmcafé

Filme regen an, etwas über andere und die eigenen Lebenswelten zu erfahren. Beim Filmcafé sehen wir gemeinsam einen Film in deutscher Sprache (ggf. mit Untertiteln), in dem Konflikte zwischen traditionellen Normen und demokratischen Werten verhandelt werden. Davon ausgehend thematisieren wir gemeinsam die aufgetauchten Fragen. Die Diskussionen regen zu einer Reflexion an, wie Diskriminierung im Alltag erlebt und ausgeübt wird. Mal bewusst – und oftmals nicht.

Fahrradrallye zum Ankommen

Gemeinsam bahnen sich die Jugendlichen auf dem Fahrrad einen Weg durch die Stadt und erkunden so ihr Lebensumfeld. Dabei erarbeiten sie sich an historisch und/oder politisch bedeutsamen Orten (Denkmäler, Gebäude etc.) anhand kleiner Aufgaben die Grundlagen der demokratischen Grundordnung und ihrer historischen Entstehung. So soll die Farradrallye das Verständnis der Teilnehmer*innen dafür stärken, welche Bedeutung Werte wie z.B. Gleichheit, Meinungs- und Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung der Geschlechter für die individuelle Entfaltung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

Contact – Workshop

Es gibt Alltagswissen, über das niemand mehr spricht. Gesten, Verhaltensweisen und Kommunikationsformen gehören dazu. Der Workshop „ConTact“ reflektiert die für Neuankommende mitunter ungewohnten Kommunikationsgewohnheiten in Deutschland. Dabei reflektieren wir auch, wie Tradition, Hierarchie und Geschlechterverhältnisse das Verhalten prägen und stärken so die Diversity-Kompetenz und die Kritikfähigkeit der jungen Menschen.

5.5. Be’Jachad – Gemeinsam Gegen Hass

5.5.1. Konzept:

Das Projekt Be’Jachad thematisiert antisemitische Gewalt und Diskriminierung sowie andere Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Sozialen Medien. Auf einer Internetplattform können sich betroffene Jugendliche an das JFDA wenden, um anonymisiert Rat und Unterstützung einzuholen und ihre Erlebnisse zu teilen. Eventuell kann das JFDA so auch mit den Lehrkräften der Schulen Kontakt aufnehmen, und den Eltern Hilfe im Umgang mit der Situation anbieten.

Jugendliche können über das Projekt „Be’Jachad“ in einem geschützten, anonymisierten virtuellen Raum mit anderen Betroffenen aus Deutschland in Kontakt treten, sich austauschen und so aus ihrer Isolierung heraustreten. Sie können aber auch mit einer breiteren Öffentlichkeit in Kontakt treten und ihre Erlebnisse teilen, ihre Geschichten erzählen und sie den Hassideologien und Hassrede entgegenstellen.

Darüber hinaus können Betroffene von Hassrede (aus dem Berliner Raum) mit Hilfe professioneller mediengestalterischer Anleitung des JFDA-Teams beispielsweise Videoclips drehen, oder ihre Erlebnisse in Artikeln oder musikalischen Darstellungsformen (Gesang, Rap, HipHop etc.) thematisieren und mit Hilfe der Internetplattform mit anderen Jugendlichen diskutieren.

5.5.2. Ziel

Handlungsfähigkeit gegenüber (vor allem antisemitischer) Hate Speech im Internet bei betroffenen jungen Menschen stärken; also auf netzbasierte antisemitische Hasspropaganda, Hasskriminalität und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezogene Förderung der Handlungsfähigkeit von betroffenen Jugendlichen und Heranwachsenden (vorrangig Jüdinnen und Juden).

5.5.3. Zielgruppen:

Jüdische Jugendliche und Heranwachsende bzw. von Antisemitismus u.a. Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffene (zwischen 14 und 21 bzw. 27 Jahren, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Azubis) sowie ggf. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Eltern und pädagogische Fachkräfte).

6. Publikationen

6.1. Broschüre „*Neue Erscheinungsformen des Deutschen Rechtspopulismus*“

Editorial

Von *Lala Süsskind* (Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.) Ängste von Jüdinnen und Juden vor einem Antisemitismus islamistischer Prägung müssen ernst genommen werden. Viele Einwanderer kommen aus Ländern, in denen über Jahrzehnte offen antisemitische Hetze gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel zur scheinbar neutralen Medienberichterstattung gehörte. Gleichzeitig darf man auch nicht in die Falle der Rechtspopulisten tappen, die den Asylsuchenden vorwerfen, deutsche Werte nicht zu respektieren.

Besonders nach dem Anstieg von islamistisch motivierten Terroranschlägen in Deutschland im Jahr 2016 und dem Anstieg von Asylsuchenden greifen Rechtspopulisten zunehmend auf einwanderungsfeindliche Themen zurück, um dadurch ihre demokratiefeindlichen, rassistischen, sexistischen, homophoben und eben auch oft antisemitischen Überzeugungen umso lauter verkünden zu können. Die Autor_innen Melanie Hermann, Florian Eisheuer, Samuel Salzborn und Jan Rathje entlarven in dieser Broschüre die völkischen und antisemitischen Ideologien des neuen deutschen Rechtspopulismus. Heute braucht man nicht mehr nur in NPD-Reden oder bei Kameradschaften nach völkischem Gedankengut zu suchen, sondern man findet es ganz offen ausgedrückt in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Durch Pegida und andere rechtspopulistische Gruppen finden verschwörungstheoretische, antisemitische, völkische und rassistische sowie islamfeindliche Ideen ihren Weg in breite Kreise der Gesellschaft. Der angebliche Ausnahmezustand unserer Gesellschaft rechtfertigt diesen neuen Tabubruch. Es ginge angeblich darum, endlich die Wahrheit zu sagen. Micha Brumlik und Patrick Gensing analysieren in diesem Zusammenhang die Funktion dieses Rechtspopulismus im Kontext der Moderne. Inwiefern dieser aktuelle Rechtspopulismus keine neuen Erklärungsmuster anbietet, sondern vielmehr alte rechtsradikale Denkmuster durch islamfeindliche und einwanderungsfeindliche Argumente sowie durch antiisraelischen Antisemitismus ergänzt, zeigen die Artikel von Samuel Salzborn und Patrick Gensing. Der Islamwissenschaftler Reinhard Fischer attestiert der deutschen Gesellschaft in seinen Überlegungen zur Einwanderungsdebatte sogar eine Spaltung. Das Problem hierbei sei die geringe Kommunikation zwischen dem „Refugees-Welcome-Lager“ und dem „Refugees-Not-Welcome-Lager“. Selbst wenn diese Spaltung nicht gleich überbrückt werden kann, so können wir uns doch alle an einem Aufdecken Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ideologien beteiligen. Ein Entgegenreten gegen den Rechtspopulismus lohnt sich auch aus Sicht der Terror-Prävention: Frank Jansen sieht in seinem Beitrag gar einen Zusammenhang zwischen dem Erstarken rechter Ideologie in Deutschland und dem Anstieg islamistischer Aktivitäten. Denn rechte Gewalt gegen Muslime bedeutet einen propagandistischen Gewinn für die Islamisten.

Eine kritische Neu-Analyse alter rechter Ideologie im Gewand neuer rechter Strukturen und Aktivitäten ist dringend notwendig, um sie einerseits als antidemokratische und menschenfeindliche Theorien zu entlarven und andererseits, um gemeinsam Konzepte und Bildungsangebote entwickeln zu können. Ein Dialog darüber ist unerlässlich und wir hoffen mit dieser Broschüre dazu einen Anstoß geben zu können.

6.2. Analyse der Bundestagswahl 2017 – im Hinblick auf Potenziale rechtsorientierter Positionen, die wesentlichen Normen der freiheitl.-demokratischen Grundordnung widersprechen

In der Analyse geht es neben eindeutig rechtsextremistischen Parteien, insbesondere um Gruppierungen, Strömungen und Bestrebungen, die einen ethnozentriert-kulturalistischen Nationalismus propagieren.

Ausgehend von den vollzogenen Wählerwanderungen werden zentrale Einstellungen, Wert- und Normorientierungen vor dem Hintergrund der bestehenden ökonomischen Faktoren und gesellschaftspolitischen Modernisierungsprozesse reflektiert, um Impulse für die zentrale Fragestellung zu generieren:

Was bedeutet das Wahlergebnis für eine wirksame Verteidigung aufgeklärt-humanistischer Werte unserer freiheitlichen Demokratie?

Zum Download auf der Website des JFDA: <https://jfda.de/blog/2018/01/17/arbeitspapier-wahlanalyse-2017/>

6.3. Portfolio der JFDA-Bildungsarbeit

https://jfda.de/wp-content/uploads/2017/12/JFDA-Portfolio-Bildungsarbeit_2017.pdf